Dezentrale Arbeitsplätze - Folgen für den Städtebau

Autor(en): **Dürrenberger, Gregor / Jaeger, Carlo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Werk, Bauen + Wohnen**

Band (Jahr): **80 (1993)**

Heft 7/8: **Paris am Rande = Autour de Paris = Fringe areas of Paris**

PDF erstellt am: **26.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-60873

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Gregor Dürrenberger, Carlo Jaeger

Dezentrale Arbeitsplätze – Folgen für den Städtebau

1987 hat die PTT-Generaldirektion das Projekt «Kommunikations-Modellgemeinden der Schweiz» (KMG) ausgeschrieben. Der Kanton Basel-Stadt hat sich an diesem Projekt beteiligt, um unter anderem die Auswirkungen der Telearbeit in der Region Basel zu untersuchen. Die Studie der Gruppe Humanökologie der EAWAG kommt zu Resultaten, die herkömmliche Vorstellungen von Stadtentwicklungsszenarien in Frage stellen. Die Auszüge der Studie*, die wir redigiert haben und als Vorabdruck publizieren, thematisieren die Auswirkungen von dezentralen Arbeitsplätzen auf die Stadt und die Regionen.

Gregor Dürrenberger, Geograph, und Carlo Jaeger, Soziologe, sind Mitarbeiter in der Gruppe Humanökologie der ETH-Zürich.

***Dürrenberger, Gregor, Jaeger, Carlo, «Dezentrale Arbeitsplätze – eine Investition in Basels Zukunft», Helbing & Lichtenhahn, Basel 1993**

Lange Zeit sind in der Zentralisierung von Funktionen die entscheidenden Kosteneinsparungen im organisatorischen Bereich gesehen worden. In den letzten Jahren ist aber eine gegenläufige Tendenz zu beobachten: Um Kosten wieder in den Griff zu bekommen und die Effizienz von Unternehmensteilen zu steigern, werden Linienfunktionen zu relativ eigenständigen Gesellschaften oder Profitcenters dezentralisiert. Bei Industrieunternehmen ist dieser Prozess schon weiter fortgeschritten als bei Dienstleistungsbetrieben. Die Banken beispielsweise dezentralisieren erst die Frontdienste, wo vor allem der menschliche Kontakt ausschlaggebend ist. Im Bereich der Verarbeitungsfunktionen wird noch immer zügig zentralisiert.

Auch in der Mehrzahl der öffentlichen Verwaltungen werden die entscheidenden Rationalisierungen, die durch die galoppierenden Staatsdefizite notwendig geworden sind, noch häufig in der Konzentration und Zentralisierung von Funktionen (gepaart mit einem politisch nicht unproblematischen Leistungsabbau) gesehen. Allerdings wird auch in öffentlichen Verwaltungen zunehmend nach Mitteln und Wegen gesucht, Prozesse zu entbürokratisieren und «schlankere» Organisationskonzepte einzuführen.

Der organisatorische Wandel hin zu flacheren Hierarchien ging in der Produktion oft einher mit räumlicher Dezentralisierung. Im Bereich der Büroarbeitsplätze ist ein vergleichbarer Prozess erst in kleinen Ansätzen zu beobachten. Viele Faktoren wirken noch hemmend auf die Einführung von dezentralen Arbeitsplätzen: Schutz des Informations- und Datenflusses, Investitionen in neue Arbeitsplätze, Angst vor neuen Organisationsformen, Widerstand der Betroffenen, Befürchtungen, die Kontrolle über die Mitarbeiter zu verlieren und vieles andere mehr.

Die Einführung dezentraler Arbeitsplätze könnte in Zukunft aber eine immer grössere Bedeutung erlangen. Gründe dafür sind: Produktivitätssteigerungen, Möglichkeiten der Verbesserung der Arbeitsorganisation, die unter Umständen bereits kurzfristig kostenwirksam werden können, abnehmende Belastung der Umwelt (Verkehr, Luftverschmutzung, Lärm usw.) sowie erhöhte Lebensqualität für die Mitarbeiter, mit den daraus resultierenden höheren kreativen und produktiven Leistungen.

Alternierende Arbeitsplätze sind eine Mischform von Betriebsarbeit und Heimarbeit: ein Teil der Arbeit (zwei oder drei Tage pro Woche) wird zu Hause erledigt, der Rest im Betrieb. Mit alternierenden Arbeitsplätzen werden die Vorteile der Heimarbeit (grössere Zeitsouveränität, erhöhte Produktivität, Reduktion des Berufsverkehrs) ausgeschöpft, ohne dass man sich dabei die Nachteile der isolierten Telearbeit einhandelt.

Ein entscheidender Erfolgsfaktor alternierender Arbeitsplätze ist die optimale Auslastung von Büro- und EDV-Infrastruktur. Die Kosten, die durch die Einrichtung von Heimarbeitsstellen anfallen, können, wenn beispielsweise zwei alternierend Arbeitende einen zentralen Arbeitsplatz teilen, wieder eingespart werden.

Ein eigentlicher Durchbruch der alternierenden Arbeitsplätze könnte sich im Zusammenhang der Betriebsvereinbarung über ausserbetriebliche Arbeitsstätten von IBM-Deutschland anbahnen. Mit dieser Vereinbarung können in grösserem Massstab alternierende Arbeitsplätze eingerichtet werden, und dies übt eine nicht zu unterschätzende Signalwirkung auf andere Firmen und Arbeitnehmervertretungen aus. So erstaunt es denn auch nicht, dass die Vereinbarung 1991 als erste nichttechnische Entwicklung den «Innovationspreis der deutschen Wirtschaft» erhielt.

Die ersten Versuche mit dezentralen Arbeitsplätzen bei IBM-Deutschland datieren aus dem Jahre 1984. Damals experimentierte man recht erfolglos mit isolierter Telearbeit, welche von den Medien häufig als «elektronische Einsiedelei» charakterisiert wurde. Als Alternative ist Ende der achtziger Jahre ein Pilotprojekt für alternierende Arbeitsplätze lanciert worden. Die Einrichtung ausserbetrieblicher Arbeitsstätten erfolgt nur auf freiwilliger Basis.

Die Festlegung der Arbeitszeit wird individuell ausgehandelt. Selbstbestimmte Arbeitszeiten sind nicht zuschussfähig (keine Nacht- oder Wochenendvergütungen). Arbeitsmittel zu Hause werden von der Firma bezahlt, für Energie und sonstiges wird eine monatliche Pauschale von DM 40,– vergütet. Gegenwärtig machen etwa 150 Personen von der Betriebsvereinbarung Gebrauch, davon gegen 100 Beschäftigte in leitender Stellung. Eine massvolle Expansion ist geplant.

Ein Versuch mit alternierenden Arbeitsplätzen für Staatsangestellte wurde in Kalifornien realisiert. Formell begann das Programm 1985. In einer halbjährigen Planungsphase wurden von einem Beraterteam sehr detailliert Kosten-Nutzen-Abschätzungen vorgenommen, Selektionskriterien für die Beteiligten erarbeitet, technologische Varianten geprüft, Anforderungen an Daten- und Persönlichkeitsschutz ermittelt sowie administrative Belange abgeklärt. Eine Abschätzung zeigte, dass der Versuch nach etwa einem Jahr die Wirtschaftlichkeit erreichte (der Staat übernahm allerdings keine Kosten, welche durch die Installierung der Heimarbeitsplätze entstanden; es wurden nur die Kommunikationskosten gedeckt). Aufgrund der positiven Erfahrungen hat der Staat Kalifornien inzwischen weitere alternierende Arbeitsplätze eingerichtet. Mittlerweile haben auch die Stadt Los Angeles und verschiedene Privatfirmen diese Arbeitsform aufgegriffen.

In einem *Satellitenbüro* arbeitet eine Gruppe von Leuten (in der Regel bis etwa ein Dutzend) in einer Infrastrukturgemeinschaft in der Nähe ihrer Wohnungen für eine räumlich entfernte Firma. Satellitenbüros ähneln Filialen oder Agenturen; im Gegensatz zu diesen sind Satellitenbüros aber nicht am Standort der Kundschaft orientiert, sondern am Wohnort der Beschäftigten. Damit ergibt sich die Möglichkeit, über Satellitenbüros die Pendelmobilität zu reduzieren. In urbanen Regionen könnte die Kombination von Satellitenbüros mit alternierenden Arbeitsplätzen attraktiv werden. Dadurch könnten die zentralen Standorte nachhaltig von übermässiger Raumnachfrage einerseits und unzumutbarer Verkehrsbelastung anderseits entlastet werden.

In der Schweiz sind Satellitenbüros vor allem im Zusammenhang mit dem «Workcenter» der SKA (Schweizerische Kreditanstalt) bekanntgeworden. Dabei handelt es sich um Satellitenbüros zur Softwareherstellung, die organisatorisch in den Hauptbetrieb in Zürich integriert ist (Abteilung Informatik und Organisation). Gegenwärtig bestehen acht Workcenters (Basel, Ilanz, Lausanne, Lugano, Luzern, St.Gallen, Winterthur, Zug), in denen total etwa 90 Personen beschäftigt sind (das sind knapp 10 Prozent der Beschäftigten der involvierten Abteilung).

Der Anlass zur Bildung der Workcenters war der Bezug eines neuen Verwaltungsgebäudes am Stadtrand von Zürich. Manche Mitarbeiter zogen nur ungern an diesen Standort, weil das eine Verlängerung des Arbeitsweges bedeutete, oder weil die

erstellten Grossraumbüros auf wenig Gefallen stiessen. Die Programmierer, die damals eine sehr starke Position auf dem ausgetrockneten Zürcher Arbeitsmarkt hatten, konnten dann die Etablierung der Satellitenbüros bewirken. In einem ersten Schritt wurden Teams von je etwa einem Dutzend Leuten dezentralisiert. In einem zweiten Schritt entfalteten einzelne dieser Teams eine Eigendynamik, die zu einer spürbaren organisatorischen Eigenständigkeit innerhalb der Abteilung führte. Termintreue und Produktequalität der Workcenter-Teams sind denjenigen der Programmiergruppen am Hauptsitz überlegen. Die Vorteile von Satellitenbüros liegen darin, längerfristige Produktivitätssteigerung zu erzielen. Ermöglicht wird dies durch eine professionelle Arbeitskultur, die weniger auf hierarchischen Strukturen als auf beruflicher Kooperation basiert.

Ein weiteres instruktives Beispiel eines Satellitenbüros findet sich in der Surselva. Dieses Satellitenbüro entstand 1987 aus einer Projektinitiative, an der sich zunächst ein lokales Druckereiunternehmen, ein ETH-Institut sowie die Schweizerische Zentralstelle für Heimarbeit beteiligten. Die PTT stellten für eine befristete Zeit Telefonleitungen zwischen dem Hauptbetrieb in Disentis und dem Satellitenbüro in Sumvitg zu Vorzugsbedingungen zur Verfügung. Es zeigte sich, dass der Hauptbetrieb das Satellitenbüro als im Grunde überflüssiges Anhängsel wahrnahm. So wurden etwa einzelne Aufträge nicht dezentralisiert, attraktive Arbeiten im Hauptbetrieb zurückgehalten oder Schreibarbeiten entgegen den Projektabsichten in Form von isolierter Telearbeit an «selbständige» Heimarbeiterinnen vergeben. Es ist klar, dass unter diesen Umständen die Wettbewerbsvorteile des Satellitenbüros nicht zum Tragen kommen konnten.

In einer zweiten Phase wurde daher die Anbindung an die Druckerei aufgelöst und die Projektführung den PTT übertragen. Im Januar 1988 ist der Telefonauskunftsdienst 111 von Chur nach Sumvitg dezentralisiert worden. Durch Eigeninitiative der Fernmeldedirektion Chur, die das Potential von Satellitenbüros erkannte, sind weitere kleinere Arbeiten nach Sumvitg verlagert worden. Faktisch übernehmen die PTT heute die Rolle, die einst dem Druckereiunternehmen zugedacht war. Dass der Staatsbetrieb wirksamer handelte als das private Unternehmen, hängt in diesem Fall damit zusammen, dass die Fernmeldedirektion Chur das Satellitenbüro von Anfang an als eine langfristige unternehmerische Innovation betrachtete und nicht als einen kurzfristigen Kapazitätspuffer.

Mit *isolierter Telearbeit* ist eine Arbeitsform angesprochen, in der Personen – es handelt sich meist um Frauen – ausschliesslich zu Hause Arbeiten für einen räumlich entfernten Betrieb erledigen. Im Unterschied zur traditionellen gewerblichen Heimarbeit handelt es sich bei isolierter Telearbeit um kaufmännische Tätigkeiten. Isolierte Telearbeit hat eine gewisse Verbreitung im graphischen Gewerbe, insbesondere im Bereich der wenig qualifizierten Texterfassung. In den Bereichen Textgestaltung sowie Übersetzung und Programmierung werden aber auch gut und hochqualifizierte Tätigkeiten in Form von isolierter Telearbeit erledigt. Das Problem isolierter Telearbeit liegt im sozialen Bereich: Teleheimarbeit behindert die Entfaltung beruflicher Identität. Berufliche Selbstverwirklichung ist nur in einem entsprechenden sozialen Umfeld möglich, das nicht durch private Beziehungen ersetzt werden kann.

Als berufliche Perspektive für einen grösseren Teil der Beschäftigten ist isolierte Telearbeit nicht geeignet. Zum einen lässt sich eine solche Perspektive in der Isolation zu Hause nicht realisieren, da dort die soziale Einbindung in berufliche Zusammenhänge fehlt. Zum anderen sind es gerade diese beruflichen Zusammenhänge, die für die Wirtschaft als Ganzes Professionalität und Qualifikation – zentrale Wettbewerbsvorteile unseres Landes – garantieren.

Einige Experimente mit isolierter Telearbeit sind von Grossfirmen und Staat durchgeführt worden. So etwa eine Initiative, welche die Deutsche Bundespost ge-

meinsam mit Siemens und der Landesregierung von Baden-Württemberg 1984 lancierte. Die Bundespost wollte im Rahmen dieses Experiments ihre neuen Kommunikationsdienstleistungen im Bereich Datentransfer (insbesondere Teletex) testen, die Firma Siemens die dazugehörenden, von ihr entwickelten Geräte. Das Interesse der Landesregierung konzentrierte sich auf den Nachweis der sozial- und regionalpolitischen Zweckmässigkeit von Telearbeit.

Die Gewerkschaften standen dem Projekt von Anfang an ablehnend gegenüber. Sie warnten unter anderem vor Dequalifizierung, sozialer Isolation, mangelndem Schutz durch Arbeitnehmerverbände, Lohndumping und Erosion des Kündigungs- und sozialversicherungsrechtlichen Schutzes. Sodann wurde von den Initianten der Bedarf an Schreibkräften stark überschätzt. Konkret fand sich keine Firma, die den Modellversuch zur dezentralen Texterfassung aktiv mittragen wollte. Dies hing nicht zuletzt auch damit zusammen, dass die eingesetzte Technologie zuwenig ausgereift war.

Um den Versuch trotzdem durchzuführen, wurden ein Dutzend Arbeitsplätze von den Initianten selbst eingerichtet. Dabei ist isolierte Telearbeit von den betroffenen Arbeitnehmern als unbefriedigend eingestuft worden, während kollektive Formen durchaus auf Resonanz stiessen.

Benzinsparpotential

In der Schweiz gibt es etwa drei Millionen Erwerbstätige. Etwa die Hälfte davon arbeitet an Büroarbeitsplätzen, also 1,5 Millionen Beschäftigte. Ein bedeutender Anteil dieser Arbeitsplätze befindet sich im industriellen Sektor, der in den letzten Jahrzehnten einen eigentlichen Tertiarisierungsschub erlebt hat. Für unsere Abschätzung wollen wir annehmen, dass etwa jeder dritte Beschäftigte ein Auto benützt, um zum Arbeitsplatz zu gelangen. Für die Fahrt zum Arbeitsort und zurück werden im Schnitt 30 Kilometer zurückgelegt. Insgesamt verfahren also die Schweizer Pendler mit Büroberufen täglich etwa 15 Millionen Kilometer. Im Jahr sind das etwa 3,5 Milliarden Kilometer oder gut 10 Prozent der jährlichen Fahrleistung.

Wenn wir optimistisch annehmen, dass ein Drittel der Bürotätigkeiten an dezentralen Standorten erledigt werden könnte, und dabei die Arbeitswege so verkürzt würden, dass auf das Auto verzichtet werden könnte, so kommen wir auf ein mögliches Sparpotential von unter 5 Prozent, eine insgesamt bescheidene Grössenordnung.

Betrachten wir allerdings nicht das Territorium der Schweiz, sondern ein urbanes Gebiet mit hoher Zupendlerrate, so können dezentrale Arbeitsplätze zu einer spürbaren Reduktion von Pendelfahrten und damit zu signifikanten Verkehrsentlastungen führen. Wir wollen das anhand der Region Basel darstellen.

Täglich liessen sich in der Region Basel, wenn im grossen Massstab dezentrale Arbeitsplätze eingeführt würden, die Fahrten von 10 000 Pendlern vermeiden. In Basel arbeiten etwa 150 000 Personen. Etwa die Hälfte davon wohnt in der Stadt, die andere Hälfte pendelt täglich vom Umland ins Zentrum. Von den in Basel ansässigen Beschäftigten benützen etwa 20 Prozent ein Auto, um zum Arbeitsplatz zu gelangen, von den Zupendlern etwa 60 Prozent. Hinzu kommen noch etwa 10 000 Autopendler, die in Basel wohnen, aber in der Agglomeration arbeiten. Insgesamt benützen somit täglich über 60 000 Berufspendler (inklusive Grenzgänger) die Strassen der Stadt, manche davon viermal am Tag.

Für unsere Modellschätzung gehen wir wiederum davon aus, dass etwa die Hälfte der Beschäftigten in Büros arbeitet. Wenn wir optimistisch annehmen, dass die Hälfte dieser Beschäftigten Autopendler sind und die Arbeitswege vollständig entfallen, so ergäbe sich ein Substitutionspotential in der Grössenordnung von gegen 20 000 Pendlern täglich. Jedes vierte Auto in der Region Basel könnte, wenn dezentrale Arbeitsplätze

in diesem Sinne eingerichtet würden, in der Garage bleiben. Eine realistischere Annahme ist, dass mit der Einführung dezentraler Arbeitsplätze nur etwa die Hälfte der Arbeitswege entfällt. Dann reduziert sich das Substitutionspotential auf 10000 Pendler oder einen Siebtel der Arbeitsmobilität. Dadurch liessen sich etwa 30 Millionen Fahrkilometer beziehungsweise 3 Millionen Liter Benzin jährlich einsparen. 100 Tonnen Stickoxide und 80 Tonnen Kohlenwasserstoffe weniger würden dadurch in Basels Luft abgelassen. Die jährliche Fahrleistung eines alternierend Beschäftigten würde sich in der Grössenordnung von 3000 bis 4000 Kilometer verringern. Die Ausgaben für Treibstoff würden das Haushaltsbudget im Jahr um ein paar hundert Franken entlasten. Stellt man ein Kilometergeld von 50 Rappen für Amortisation, Reparaturen usw. in Rechnung, so ergibt das insgesamt jährliche Einsparungen von ungefähr 2000 Franken pro Auto. Wenn wir davon ausgehen, dass pro Tag etwa 40 Minuten Fahrzeit aufgewendet werden, um vom Wohnort an den Arbeitsplatz und zurück zu kommen, so beträgt die durch alternierende Arbeitsplätze eingesparte Zeit nicht weniger als 60 Stunden im Jahr.

Mobilität

Die moderne Siedlungsweise ist geprägt durch eine grossräumige Entmischung von Arbeitsorten und Wohnorten bei gleichzeitiger Zerstörung von öffentlichem Raum. Diese Zerstörung ist eine Folge des durch die Entmischung bewirkten Verkehrs. Dem stehenden und zirkulierenden Autoverkehr werden Strassen und Plätze, Vorgärten und Gassen geopfert. Der öffentliche Raum verliert seine Funktion als soziale Kontaktzone und Erholungsraum. Die Erholung wird in den eigenen vier Wänden oder im fernen Umland der Städte gesucht. Letzteres hebt die Mobilität weiter an.

Die ökologische Relevanz dezentraler Arbeitsplätze liegt nun nicht nur – und nicht einmal in erster Linie – in einer direkten Substitutionswirkung von Verkehr durch Telekommunikation. Wichtig ist die Tatsache, dass durch dezentrale Arbeitsplätze der kulturelle Stellenwert der Mobilität relativiert werden könnte. Darüber liessen sich neuartige Siedlungsstrukturen entwickeln, in welchen lokalen Situationen wieder eine grössere Bedeutung zukäme, als das in der modernen Siedlungsweise der Fall ist.

Vor einem solchen Hintergrund kann man nun darüber nachdenken, inwiefern dezentrale Arbeitsplätze zur Herausbildung eines Lebensstils beitragen könnten, in dem das Automobil eine weniger dominierende Stellung einnimmt als in der heutigen Lebensweise. Fusswegen und öffentlichen Räumen müsste in einem mobilitätsärmeren Lebensstil wieder eine grössere Rolle zukommen, lokale Zusammenhänge würden aufgewertet. Es ist denkbar, dass sich in einem solchen Zusammenhang manche verkehrspolitischen Massnahmen zur Einschränkung der Mobilität besser realisieren lassen. Solche Massnahmen würden auch die Gefahr reduzieren, dass die durch dezentrale Arbeitsplätze frei werdenden Verkehrskapazitäten wieder «aufgefüllt» würden.

Zur Konfliktfähigkeit von regionalen Milieus

Dezentrale Arbeitsplätze können eine Komponente der Entbürokratisierung von Unternehmen darstellen. Solche Reorganisationen erhöhen die Produktivität und Flexibilität. Sie erfordern eine gewisse Requalifizierung von Beschäftigten. Damit sind allerdings auch Konflikte verbunden, denn es droht die Gefahr eines segmentierten Arbeitsmarktes: auf der einen Seite eine Mehrheit von gutausgebildeten Arbeitnehmern, auf der andern Seite eine Minderheit von ausgegrenzten Personen, die, weil sie den Qualitätsanforderungen nicht genügen, mit Dauerarbeitslosigkeit rechnen müssen. Diese Gefahr dürfte für Schweizer Regionen, die im internationalen Vergleich ein überdurchschnittliches Ausbildungsniveau aufweisen, weniger gross sein als für manche Regionen im Ausland.

Veränderung der Zentrum-Peripherie-Struktur

Nach einer verbreiteten Vorstellung lässt sich eine Volkswirtschaft geographisch in ein Zentrum, den wirtschaftlichen Motor des Landes, und eine nachhinkende Peripherie, die in jeder Hinsicht dem Zentrum untergeordnet ist, unterteilen. Die Peripherie ist im Zirkel eines kumulativen Niedergangs gefangen, während das Zentrum davon entsprechend profitiert: Randregionen verlieren tendenziell Bevölkerung und damit auch Arbeitskräfte und Arbeitsplätze an das Zentrum. Im Zentrum induzieren die Zuwanderungen Wachstum, und dieses produziert zusätzliche Agglomerationsvorteile. Dadurch werden weitere Bevölkerungsteile und Wirtschaftsaktivitäten angezogen.

Dieses Urbanisierungs- und Wachstumsmuster ist in den siebziger Jahren gekippt: Agglomerationsnachteile bezüglich der Lebensqualität, des Lohn- und Mietniveaus, in bezug auf die Steuerlast usw. haben die Zuwanderung in die Zentren nicht nur gebremst, sondern oft sogar umgekehrt. Dazu haben manche Wirtschaftsunternehmen begonnen, Aktivitäten zu dezentralisieren. Die Abwanderung von Einwohnern und die wirtschaftliche Erosion peripherer Regionen wurde dadurch deutlich gebremst. Manche ländlichen Gebiete zählen heute zu den Landesteilen mit den höchsten Wachstumsraten. Dagegen stehen Agglomerationen wie Basel vor wirtschaftlichen und sozialen Problemen, wie sie Wachstumsregionen alten Zuschnitts in dieser Form nicht gekannt haben.

Die bisherige Reichtumsverteilung zwischen Zentrum und Peripherie ist in jüngerer Zeit von einem neuartigen Muster regionaler Disparitäten abgelöst worden. Dieses weist eine weniger homogene räumliche Struktur auf und lässt sich nicht in jeder Hinsicht auf eine allgemeine Zentrum-Peripherie-Struktur reduzieren. Wir wollen in diesem Zusammenhang von einem Muster der «multiplen Hierarchien» sprechen. In einem solchen Muster kann eine Region hinsichtlich der einen Dimension zentral sein, hinsichtlich einer anderen aber peripher. Basel beispielsweise ist hinsichtlich der industriellen Produktion eine sehr zentrale Region in der Schweiz, hinsichtlich seiner Bedeutung für die internationale Diplomatie oder hinsichtlich des Tourismus aber Genf beziehungsweise manchen Berggebieten untergeordnet.

Dezentrale Arbeitsplätze als regionalpolitische Instrumente

Traditionell beschränkt sich die Regionalpolitik auf strukturschwache, landwirtschaftlich dominierte Gebiete. In diesem Sinne könnten dezentrale Arbeitsplätze ein Mittel sein, um in solchen Regionen nichtlandwirtschaftliche Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Ein Beispiel dazu sind Satellitenbüros, die in den letzten Jahren in Skandinavien im Rahmen von staatlich subventionierten regionalpolitischen Initiativen eingerichtet worden sind. In eine ähnliche Richtung gehen zwei aktuelle Initiativen der EG. Bei der einen handelt es sich um einen Teilbereich des Forschungsprogramms ORA (Opportunities for Rural Regions), das sich mit Telematikanwendungen in ländlichen Regionen befasst. Bei der andern handelt es sich um eine sogenannte konzertierte Aktion (ECTF – EC Concerted Action on Teleworking / European Telework Forum), welche sich insbesondere an Unternehmen richtet mit dem Ziel, dezentrale Arbeitsplätze in ländlichen Regionen einzurichten und dadurch neue Wachstumsimpulse zu schaffen.

In urbanen Regionen wie Basel hingegen wird es eher darum gehen, «overheads» abzubauen und die Wettbewerbsfähigkeit der bestehenden Wirtschaftsstruktur zu stärken. Sodann dürfte ein zweiter und zusehends wichtiger Grund die Verbesserung der Umweltsituation sein. Hier könnten dezentrale Arbeitsplätze neuartige Schritte in Richtung einer nachhaltigen Entwicklung der Regio basiliensis wie auch anderer urbaner Regionen einleiten. *G.D., C.J.*